



HESSISCHER LANDTAG

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Hessen aktiv gegen Homophobie

Der Landtag wolle beschließen:

1. Homophobie hat keinen Platz in einer demokratischen Gesellschaft. Hessen ist ein Land der vielfältigen Kulturen und Lebensweisen. Der Landtag bekennt sich zu dieser kulturellen Vielfalt und zur Unterschiedlichkeit sexueller Orientierungen, Identitäten und individueller Lebensentwürfe. Feindseligkeit gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und trans- oder intersexuellen Menschen schränkt die grundgesetzlich garantierte freie Entfaltung der Persönlichkeit für viele Bürgerinnen und Bürger empfindlich ein.
2. Die Akzeptanz kultureller und sexueller Vielfalt lässt sich nicht verordnen. Es bedarf vielmehr des engagierten Wirkens aller Teile der Gesellschaft. Ziel des Landtages ist, ein Klima des Respekts und der Wertschätzung von Vielfalt zu entwickeln sowie darauf hinzuwirken, Vorurteile in der Bevölkerung abzubauen und ein zivilcouragiertes Verhalten bei Diskriminierungen und Übergriffen zu fördern.
3. Daher wird die Landesregierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Kommunen unter Einbindung von Verbänden und Einrichtungen einen Hessischen Aktionsplan gegen Homophobie zu entwickeln und umzusetzen. Der Hessische Aktionsplan soll folgende Elemente enthalten:
 - Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, die Diskriminierungen entgegentreten und ein Klima des Respekts und der Wertschätzung von Vielfalt fördern;
 - ein Programm zur Erstellung eines realitätsgenauen polizeilichen Lagebildes über homophobe Gewalttaten in Hessen. Es soll zielgenaue Maßnahmen zur Forschung, Prävention, Aus- und Fortbildung bei Polizei und Justiz sowie Maßnahmen für eine zielgruppensensible Opferhilfe und vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber Lesben, Schwulen und Transgender umfassen;
 - eine regelmäßige (mindestens alle fünf Jahre) online gestützte Befragung von Lesben, Schwulen und Transgender bezüglich Gewalterfahrungen;
 - in Zusammenarbeit mit den hessischen Hochschulen sind Projekte zu kriminologischer und sexualwissenschaftlicher Grundlagenforschung zu den Ursachen und zu Handlungsstrategien gegen Homophobie anzuregen und zu fördern;
 - eine Überprüfung der Lehrpläne in den Schulen auf Themen wie die Vielfalt sexueller Identitäten und Lebensweisen, die Geschichte Homosexueller in Deutschland und Menschenrechtsbildung auch in Bezug auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- oder intersexuelle Menschen. Es sollen zudem Kenntnisse für ein Demokratieverständnis vermittelt werden, das Kinder und Jugendliche selbstbewusst und frei von homophoben Einstellungen handeln lässt;

- die verbindliche Aufnahme der Themen Diversity, Antidiskriminierung, Homophobie, Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Identitäten und Lebensweisen in die Aus- oder Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen, (Schul-)Psychologinnen und Psychologen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Erzieherinnen und Erziehern sowie von in Jugendarbeit und Jugendhilfe Beschäftigten;
 - die Unterstützung von Jugendhilfeeinrichtungen in dem Bemühen, auf ein diskriminierungsfreies Umfeld für lesbische, schwule, bisexuelle, trans- oder intersexuelle Jugendliche hinzuarbeiten und eine Unterstützungsstruktur u.a. zur Coming-out-Beratung bereitzuhalten;
 - ein stärkeres Eintreten für die Förderung von Vielfalt in der Arbeitswelt unter Einchluss unterschiedlicher sexueller Identitäten und Lebensweisen. Insbesondere hat die Landesverwaltung dafür Sorge zu tragen, dass sie bei der Umsetzung von Diversitystrategien ihrer Vorbildfunktion gerecht wird;
 - die Verstärkung der Anstrengungen im Bereich Sport, insbesondere im Fußball, in Zusammenarbeit mit Sportverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen ein diskriminierungsfreies Umfeld zu erzeugen;
 - bei allen Glaubensgemeinschaften dafür zu werben, dass Glaubensfreiheit nicht als Vorwand dienen darf, die individuelle Lebensgestaltung von Menschen unterschiedlicher sexueller Identität und Orientierung gegen ihren Willen einzuschränken;
 - in der Öffentlichkeit breit vor so genannten Konversions- oder Reparationstherapien zu warnen, die auf eine Änderung von gleichgeschlechtlichem Sexualverhalten oder der homosexuellen Orientierung abzielen. Es ist darauf hinzuwirken, dass Institutionen, die solche „Therapien“ anbieten oder befürworten, keinerlei öffentliche Unterstützung erhalten;
 - eine bedarfsgerechte Stärkung und Ausstattung von Projekten gegen Homophobie. Insbesondere müssen für Lesben- und Transgenderprojekte erstmalig und für schwule Projekte zusätzlich Mittel für Opferbetreuung und gezielte Präventionsarbeit bereitgestellt werden.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich über den Bundesrat für einen bundesweiten Aktionsplan gegen Homophobie einzusetzen.

Wiesbaden, den 15. September 2009

Der Fraktionsvorsitzende:

Tarek Al-Wazir